

ZEITZEICHEN

Ferner Spiegel



Joerg Helge Wagner
über „Game of Thrones“

Ob sie die beste Serie aller Zeiten ist, liegt allein in den Augen des Publikums – aber das findet sich immerhin in 80 Ländern auf fünf Kontinenten. Zweifelloser ist „Game of Thrones“ das aufwendigste TV-Projekt aller Zeiten: 73 Folgen der Fantasy-Serie wurden mit Hunderten Darstellern produziert, an Drehorten von Island bis Kroatien, von Irland bis Malta. Allein die letzte, achte Staffel hat 90 Millionen Dollar gekostet. Jetzt strahlen sie der produzierende US-Sender HBO und der Bezahlsender Sky aus, im Herbst wird das Free-TV nachziehen. Und wie immer werden alle dabei gewinnen. Todsicher.

Wer lebt? Wer stirbt? Das fragen sich vor jeder Staffel Millionen Fans weltweit. Die Serie ist berüchtigt dafür, dass auch über mehrere Staffeln hinweg sorgfältig aufgebaute Charaktere Knall auf Fall das Zeitliche segnen. Diese Unberechenbarkeit und die hochkomplexe Handlung fesseln keineswegs nur Leute, die sich ohnehin gerne auf Mittelalter-Märkten und bei Reenactments historischer Schlachten tummeln. „GoT“ hat Anwälte, Ärzte, Manager als glühende Fans – und trotz aller expliziten Brutalität auch viele Frauen.

Woher kommt's? Zum einen werden Klischees kunstvoll gebrochen. Die cleversten Kerle sind ein Eunuch, ein versoffener kleinwüchsiger Adelige und ein durchtriebener Zuhälter. Immer wieder todesmutig ist ein dicker Büchermarr. Und erst die Frauen! Sie sind das wirklich starke Geschlecht, im Guten wie im Bösen. Oft erst hilflose Opfer, dann mitleidlose Racheengel. Gut, auch das hat man schon gesehen – doch nie in einer Konzentration und Raffinesse wie bei „GoT“.

Vor allem aber ist die Serie ein ungeheures intellektuelles Vergnügen. Die verwirrenden Verhältnisse auf den fiktiven mittelalterlichen Kontinenten Westeros und Essos sind wie ein ferner Spiegel unserer oft irren Welt. Ja, mein Kolumnen-Titel ist geklaut: 1978 veröffentlichte die US-Historikerin Barbara Tuchman „A Distant Mirror“ und zog Parallelen vom 14. Jahrhundert zur modernen Welt. Ein Bestseller.

Wie auch George R.R. Martins mehrbändige „GoT“-Vorlage „Das Lied von Eis und Feuer“. Dafür wurden nicht nur gründlich die europäische Geschichte und Mythologie geplündert, vom Nibelungenlied („Rote Hochzeit“) über die Templer („Nachtwache“) und die Rosenkriege („Haus Lannister“) bis zum Bußprediger Savonarola („Hoher Spatz“). Martins Epos lässt sich auch als top-aktuelle Parabel lesen. Die Drachen etwa, die flugs eine halbe Armee einäschern, sind im Grunde Massenvernichtungswaffen. In den falschen Händen, etwa jenen des „Nachtkönigs“, bedrohen sie die gesamte Menschheit. Ihn und seine Armee der Untoten kann man aber auch als globale Katastrophe deuten, die nur zu stoppen ist, wenn alle Mächtigen koalieren. Aber die verschlagene Königin Cersei denkt nur an sich. Bloß Fantasy? Ein ferner Spiegel!

joerg-helge.wagner@weser-kurier.de

KURIER AM SONNTAG

unabhängig und überparteilich
siebte Ausgabe Ihrer Tageszeitung

VERLAG UND DRUCK:
Bremer Tageszeitungen AG
Briefschchrift: 28189 Bremen
Hausanschrift: Martinstraße 43, 28195 Bremen.

Chefredaktion: Moritz Döbler (v.i.S.d.P.), Silke Hellwig
Stellvertretender Chefredakteur: Marcel Auermann
Geschäftsführender Redakteur: Christian Wagner
Art-Direktor: Franz Berding

Chefreporter: Jürgen Hinrichs · **Chefreporter Kultur/Medien:** Dr. Hendrik Werner · **Politik:** Joerg Helge Wagner · **Bremen/Niedersachsen:** Marcel Auermann · **Wirtschaft:** Philipp Jaklin · **Kultur:** Iris Hetscher · **Sport:** Mathias Sonnenberg
Leiter Zentralredaktion: Markus Peters · **Leiter Sonderthemen:** Stefan Dammann · **Büro Lillenthal:** André Fesser · **Büro Osterholz-Scharmbeck:** Antje Borstelmann · **Büro Vegesack:** Michael Brandt · **Büro Berlin:** Georg Ismar · **Büro Hannover:** Peter Mlodoch · **Büro Hamburg:** Nadine Wenzlick · **Büro Brüssel:** Detlef Drewes · **Büro London:** Katrin Pribyl · **Büro Paris:** Birgit Holzer · **Büro Washington:** Thomas Spang

Für den Anzeigenteil verantwortlich: Tanja Bittner
Der Abdruck einzelner Artikel, auch auszugsweise, ist unzulässig; ausgenommen sind die durch § 49 UrHG geregelten Fälle. Für unverlangte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

Die Zustellung der Sonntagsausgabe erfolgt im Rahmen des Zeitungsabonnements. Bei Zustellung per Post erfolgt die Lieferung zusammen mit der nächsten Werkausgabe. Abbestellungen sind schriftlich bis zum 15. eines Monats zum Monatsende möglich. Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages, bei Streik oder höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch.

Anzeigenpreis und -bedingungen nach Preisliste Nr. 73. Keine Gewähr für fernmündlich aufgegebenen Anzeigen. Gerichtsstand Bremen.

Verlag Telefon: 04 21 / 36 71 0
Telefax: 04 21 / 36 71 10 00
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de
Anzeigenannahme Telefon: 04 21 / 36 71 66 55
Kleinanzeigen Telefon: 04 21 / 36 71 10 10
Anzeigen Telefon: 04 21 / 36 71 11 00
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de
Abonnenten-Service Telefon: 04 21 / 36 71 66 77
(9 bis 12 Uhr) Telefax: 04 21 / 36 71 10 20
E-Mail: abonnentenservice@weser-kurier.de

WÄHLE 01705945845



Til Mette exklusiv für den KURIER AM SONNTAG

Ein Ampelbündnis sprengt die Vorstellungskraft



Jürgen Theiner
über Rot-Gelb-Grün

Man kann den Demokopen gar nicht oft genug danken. Alle Vorhersagen zum Ausgang der Bürgerschaftswahl deuten auf ein enges Rennen hin, der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt. Vorbei die bleiernen Zeiten, als das einzig Spannende an Bremer Landtagswahlen die Frage war, wer mit welchem Abstand nach der SPD durchs Ziel kommt. Und eben weil der Ausgang so ungewiss ist, gibt es eine Fülle an möglichen künftigen Regierungsbündnissen. Rot-Rot-Grün, Jamaika und Große Koalition sind denkbar, hätten eine rechnerische Mehrheit und jeweils auch ihre Fürsprecher.

Eine sogenannte Ampel aus SPD, Grünen und FDP ist arithmetisch ebenfalls möglich, wird aber selten genannt. Und das hat seine Gründe. Zunächst ist das historische Vorbild nicht sonderlich inspirierend. Nach dem Absturz der SPD bei der Bürgerschaftswahl 1991 auf (für heutige Verhältnisse sagenhafte) 38,8 Prozent fand sich eine Dreierkoalition zusammen, die über keinen großen Fundus an Gemeinsamkeiten verfügte, durch häufige Querelen auffiel und noch vor dem Ende der ersten gemeinsamen Legislaturperiode in Trümmern lag – Stichwort: Piepmatz-Affäre.

Die Akteure von damals, die Wedemeiers und Jägers, die Fücks' und Krönings, sind politisch längst auf dem Altenteil und würden dem Versuch einer Neuaufgabe nicht mehr im Wege stehen. Doch am Grundproblem einer Ampel-Konstellation ändert das nichts: Es gibt keine schlüssige Antwort auf die

Frage, worin das einende Band, das gemeinsame Ziel einer Koalition aus SPD, FDP und Grünen bestehen könnte. Auf welches politische Themenfeld man auch schaut, es gibt kaum inhaltliche Anknüpfungspunkte in der Programmatik der drei theoretischen Partner, eher Trennendes oder gar Unvereinbares.

Beispiele gefällig? In der Wirtschaftspolitik setzen die Liberalen wie eh und je ganz auf den Markt und eben nicht auf einen „sozialen Arbeitsmarkt“ für schwer Vermittelbare, wie ihn die SPD ausbauen will. Der gerade erst wieder erneuerte und demnächst steigende Landesmindestlohn ist für FDP-Landeschef Hauke Hilz ein „Bürokratiemonster“. In der Bildungspolitik wollen die Blau-Gelben zwar wie SPD und Grüne kräftig investieren, setzen

titel des Ampel-Koalitionsvertrages schreiben. Eher könnten Sahra Wagenknecht und Carsten Maschmeyer ein wirtschaftspolitisches Manifest verfassen.

Überhaupt: Lencke Steiner. Sie drängt zwar mit Verve in einen künftigen Senat, aber es übersteigt die Vorstellungskraft politischer Beobachter, eine Wirtschaftsministerin Steiner mühsame Sacharbeit verrichten zu sehen. Es soll ja schon politische Bündnisse gegeben haben, in denen Protagonisten aus unterschiedlichen Lagern menschlich gut zueinander fanden und am Ende auch Ergebnisse vorzuweisen hatten. Der frühere SPD-Bürgermeister Henning Scherf und sein Stellvertreter Hartmut Perschau (CDU) beispielsweise. Aber die sehr auf Selbstzensur bedachte Steiner neben Carsten Sieling mit seinem sachlich-abwägenden Arbeitsstil? Wer Sieling nur ein kleines bisschen kennt, der weiß, dass es ihn bei dieser Vorstellung graust.

Aber die rot-gelb-grüne Landesregierung in Rheinland-Pfalz, die arbeitet doch halbwegs effektiv, oder? Auch dieses letzte Argument für eine neue Bremer Ampel trägt nicht wirklich. In Rheinland-Pfalz wurde die Ampel nach der Landtagswahl 2016 aus der Not geboren, weil sich andere Allianzen außer einer Großen Koalition nicht anboten. In Bremen gibt es diese Alternativen sehr wohl. Es bleibt deshalb dabei: Die Ampel mag für die Zeit nach dem 26. Mai zwar eine theoretische Möglichkeit sein, aber keine praktikable. Schön, dass es bei aller Offenheit des Wahlausgangs wenigstens eine Gewissheit gibt.

juegen.theiner@weser-kurier.de

Mit diesem Meinungsbeitrag beschließen wir unsere Serie über die Koalitionsoptionen nach der Bürgerschaftswahl. Bereits erschienen sind die Teile Linkes Bündnis (9. März), Große Koalition (27. März) und Jamaika (6. April).

Es gibt kaum inhaltliche Anknüpfungspunkte in der Programmatik.

dabei aber andere Akzente und fordern mehr formale Leistungskontrollen, etwa die Wiedereinführung klassischer Notenzeugnisse ab Klasse 3. Unüberbrückbar sind die Unterschiede in der Verkehrspolitik, einem der wichtigsten kommunalpolitischen Gestaltungsfelder. Während sich die FDP in den vergangenen Monaten ganz gezielt als Autofahrerpartei profiliert hat, die das Parken in der Innenstadt erleichtern möchte und darin auch ein Mittel der Wirtschaftsförderung sieht, stehen die Grünen für das Gegenteil: ökologische Verkehrswende, Autos nach Möglichkeit raus aus der City. Man stelle sich vor, Grünen-Vordenker Ralph Saxe und FDP-Spitzenkandidatin Lencke Steiner müssten gemeinsam das Verkehrska-

Der Standard (Wien)

über den Wikileaks-Gründer: „Assange für seine Publikationen zu belangen würde weitere Eingriffe in Presse- und Informationsfreiheit möglich machen – besonders in einer Zeit, in der die Grenze zwischen klassischem Journalismus und Netzpublikationen längst verschwommen ist. Besonders aus diesem Grund darf er nicht an die USA ausgeliefert werden. Das gilt auch, solange ihm nur die aktuelle Anklage droht: Assange werden nicht seine Veröffentlichungen vorgeworfen, sondern dass er die Armeeingehörige Chelsea Manning dabei beraten habe, Passwörter zu knacken. Das mag rechtswidrig sein, es mag Indizien geben. Die jahrelange Jagd nach ihm steht zu dieser Anklage aber in keinem Verhältnis. Der Punkt ist offenbar ein Vorwand, eine juristische Ersatzhandlung. Ist Assange einmal in den USA, wer weiß, was dann passiert.“

Dagsavisen (Oslo)

über den Brexit: „Eine Verschiebung an sich wird nicht die Lösung sein. Der Deal von Premierministerin Theresa May wurde dreimal abgelehnt. Die Zusammensetzung des Parlaments ist unverändert. Es gibt keinen Grund zu der Annahme, dass sich die britischen Politiker im Oktober einiger sind als heute. (...) EU-Präsident Donald Tusk fordert nun die britischen Politiker auf, ihre Extrazeit nicht zu verschwenden. Ein verbindliches Referendum, in dem die Wähler aufgefordert werden, sich zwischen dem bestehenden Abkommen und dem Verbleiben in der EU zu entscheiden, kann die Situation klären. Die Politiker scheinen sich nicht aus der Zwickmühle befreien zu können. Es ist Zeit, das Volk zu bitten, zu entscheiden.“

Hannoversche Allgemeine Zeitung

über die Impfpflicht-Diskussion: „Der Staat muss in Sachen Impfpflicht zweierlei bedenken: Erstens, ob eine individuelle Entscheidung gegen das Impfen auch andere berührt. Und zweitens, ob er die wissenschaftliche Datenbasis für tragfähig hält, den Menschen eine Vorschrift zu machen. Wenn er beides bejaht, und das sollte er, kann die Konsequenz nur eine Impfpflicht sein.“

Ein Werte-Kompass für die Erneuerung Europas

Ulrike Liebert
über die Europawahl

Nur wenige sehen die Europawahl 2019 derzeit als eine Schicksalswahl. Dies könnte sich als ein fataler Irrtum erweisen. Wie Umfragen zeigen, ist deren Ausgang diesmal offener denn je. Es liegt an der Wählerschaft zu bestimmen, welche politischen Kräfte im Europaparlament fünf Jahre den Ton angeben: die reformwilligen und kompromissbereiten Gruppierungen, die Verteidiger des Status-Quo, oder die diesmal geeinter als 2014 antretenden antieuropäischen Populisten. Sollten letztere einen starken Zugewinn verbuchen, wird die toxische Konfrontation pro- und anti-europäischer Kräfte im Euro-

parlament zunehmen. Dies würde die EU in den Sumpf konfrontativer Politik stürzen. Was das für die Handlungsfähigkeit heißt, führen die britische Regierung und das House of Commons seit drei Monaten vor. Wenn das Europaparlament keine konstruktiven Mehrheiten mehr zu bilden vermag, wird der Rat den neuen Kommissionspräsidenten bestimmen. Die Kommission würde von einer auf das Gemeinwohl verpflichteten Institution auf ein Ausführungsorgan der Staats- und Regierungschefs reduziert. Letztere würden die demokratischen Defizite des Rats – Geheimdiplomatie ohne Transparenz und Lobby-Regulierung – auf die EU übertragen. Im Lichte der bereits gehäuften Entscheidungsblockaden im Rat ist zu befürchten, dass dies zur Aushöhlung und Rückabwicklung des europäischen Einigungsprojekts führt.

Die jüngste Allensbach-Umfrage zeigt, dass in Deutschland Sinn und Nutzen der engen Verbindung der EU-Länder grundsätzlich nicht infrage gestellt werden. Die meisten Bürgerinnen und Bürger sind allerdings besorgt, dass die EU nicht genügend reformfähig sei, ja durch einen Rechtsruck weiter geschwächt würde. Die Verfestigung einer solch kritisch-resignativen Grundstimmung wäre fatal. Sie droht, die Nichtwählerschaft zu stärken und das erfolgreiche Europaparlament zu schwächen. Die pro-europäischen Parteien werden diesen Trend nur abwenden können, wenn sie den blinden Flecken der Desinformation und Manipulation der öffentlichen Meinung entgegenwirken. Ob Migration, Arbeitslosigkeit, Klimaschutz, Kriminalität, Digitalisierung oder Bildung: Die Bürgerinnen und Bürger wol-

len eine starke europäische Kooperation. Aber sie brauchen einen Werte-Kompass für die Erneuerung Europas. Dann können sie mitwirken und das Beste stärken, was Europa je hervorgebracht hat: die Grundrechtecharta mit der Achtung der Menschenwürde, Meinungs- und individuellen Freiheiten, Demokratie und Toleranz.



Unsere Gastautorin ist Politologin der Uni Bremen und leitete bis 2016 das Jean-Monnet-Center für Europastudien. Sie ist Mitglied im Grünen-Landesvorstand. Jetzt erschien ihr Buch „Europa erneuern“.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.